

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1,20 Mark, eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und ähnlichen Anzeigen der halbjährigen Kolonell-Preis 50 Mark. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Franke

Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover

Verantwortlicher Redakteur: D. Schneider, Hannover  
Redaktionsdirektor: Montag mittags 12 Uhr

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaitraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002

### Die Gewerkschaften zur Lebensmittelfrage.

Die Gewerkschaften aller Richtungen und die Arbeitsgemeinschaften der Angestellten und der technischen Verbände haben am 21. Februar gemeinsame Eingaben an den Reichskanzler und an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes gemacht.

In der Eingabe an den Reichskanzler wird einleitend auf die völlig unbefriedigende Regelung der deutschen Ernährungsverhältnisse während der Kriegszeit verwiesen. Die Ursachen dafür seien nicht lediglich die Knappheit der Lebensmittel, sondern auch in dem Mangel einer strengen Durchführung gerechter Verteilung der vorhandenen Vorräte zu suchen. Für diesen Mangel sei die Abhängigkeit des Kriegsernährungsamtes von den Bundesregierungen und besonders der Widerstand des preussischen Landwirtschaftsministers gegen alle Eingriffe in die Sonderstellung der landwirtschaftlichen Erzeuger verantwortlich. Es wird dann gesagt, daß bei der Fortdauer der Ernährungsschwierigkeiten die heimische Arbeitsarmee außerstande sein würde die Leistungen auf einer Höhe zu erhalten, wie sie die Landesverteidigung und die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes erfordern.

Zur Abstellung der gerügten Mängel werden folgende Wünsche dem Reichskanzler unterbreitet:

1. Zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsamte ist eine angemessene Verbindung für das Gebiet der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Im Kriegsamte wird eine Abteilung für den Heeres- und den Zivilbedarf an Lebensmitteln geschaffen, die die Befugnisse erhalten, an den Beschläffen des Kriegsernährungsamtes mitzuwirken, die Durchführung der Verordnungen desselben zu überwachen und die Lebensmittelvorräte für die allgemeine Volks- und Heeresversorgung zu beschlagnahmen, zu enteignen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.

2. In den Bezirken der einzelnen Generalkommandos sind Unterämter des Kriegsamtes für Lebensmittelbeschaffung zu bilden, auf die das Kriegsamte seine Funktionen übertragen kann, mit der Aufgabe, daß die Verteilung nach den Anordnungen der Zentralstellen zu erfolgen hat. Die Beauftragten des Kriegsamtes haben das Recht, jederzeit in dem vernünftigen Lebensmittel außerhalb oder innerhalb der Bezirke zu betreten und in die Ausführung jedes Betriebes der Erzeugung oder des Vertriebes von Lebensmitteln Einsicht zu nehmen. Sie können die Zurückhaltung oder Weiterverarbeitung von Lebensmitteln verbieten und mit Strafe bedrohen.

Die Eingabe an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes

verweist auf die wachsende Erregung in den Arbeiterkreisen über die ungerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel, von der gesagt wird:

„Sie begünstigt solche Schichten, die ohne hin keinen Mangel an Nahrungsmitteln leiden, und ermöglicht es wohlhabenden Kreisen, sich für Geld ausreichende Lebensmittel zu verschaffen zum Schaden der ärmeren Volksschichten.“ Auch in dieser Eingabe wird angeführt, daß das preussische Landwirtschaftsministerium sich schützend vor die privatwirtschaftlichen Ansprüche der Landwirte stellt und diesen eine Ausnützung der Lebensmittelnot des deutschen Volkes sichert, die das Reich in die größten Gefahren bringen muß. Es heißt dann weiter in der Eingabe:

„Die Arbeiter und Angestellten, die allezeit ihre Kräfte in den Dienst der Landeswohlfaht und Kriegswirtschaft gestellt haben und deren Vertretungen über die Stimmungen unsres Volkes wohl unterrichtet sind, müssen gegen die Fortdauer dieser Zustände lebhaften Einspruch erheben und eine Neuordnung der Ernährungsverhältnisse verlangen, die für eine gerechte, aber auch strenge Durchführung der Verteilung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel bürgt.“

Es wird dann auf die Mängel und Fehler in der Kartoffelversorgung hingewiesen und vor jeder weiteren Herabsetzung der Kartoffelrationen ihre warnende Stimme und gegen jede weitere Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln energig über Widerspruch erhoben.

Auch die Brotversorgung, die in den ersten Kriegsjahren sich bewährt hat, abgesehen von ungeschicklichen örtlichen Preisunterdrücken, hat Schwierigkeiten gezeigt, die durch den Mangel an Streckungsmitteln nicht genügend erklärt werden. Denn im Widerspruch damit steht die überhandnehmende Erzeugung an Weißgebäck und Kuchen, die durch höhere Gewinne begünstigt wird. Die Eingabe wendet sich dagegen, daß eine Abhilfe in der Verkürzung der Brotportionen gesucht wird, bevor alle anderen Mittel strenger Vereinheitlichung der Brotversorgung erschöpft sind. Ferner wird um Bereitstellung von Nährmitteln aus Gerste und Hafer ersucht.

Die Obst- und Gemüseversorgung wird als völlig unbefriedigend bezeichnet. Die Ursache hierfür lag nach der Eingabe nicht an schlechten Erntergebnissen, sondern an der

mangelhaften Organisation gegenüber der starken Nachfrage, die den Gewinnabsichten der Erzeuger in die Hand arbeitete.

Zum Zwecke einer besseren Fleischversorgung fordert die Eingabe eine Neuorganisation der Viehhandelsverbände, bei der auch deren hohe Verdienste entsprechend zu kürzen sind. Eine Herabsetzung der Fleischpreise, die eine Höhe erreicht haben, die Fleisch und Fett für einen großen Teil der Bevölkerung unerschwinglich machen, wird gefordert.

Die Eingabe fordert noch Reichsbewirtschaftung der Milch, verbunden mit Ablieferungspflicht und strengerer Rationierung für die Erzeuger; Förderung der Geflügelhaltung zum Zwecke der besseren Eierversorgung sowie Einschränkung der Fischkonservierung, um die Bevölkerung reichlicher und billiger mit frischen Fischen versorgen zu können. Die Zuckererzeugung soll mehr dem Bedürfnis angepaßt, und als Ersatz soll mehr künstlicher Süßstoff ausgegeben werden.

Ganz besonderes Gewicht legt die Eingabe auf die Herbeiführung eines vernünftigen Preisverhältnisses zwischen den verschiedenen Lebens- und Futtermitteln. Dazu heißt es: „Die heutige Höchstpreisordnung ist nicht das Ergebnis vernünftiger Abwägung, sondern hat sich aufgebaut auf einer wilden Preisentwicklung, teilweise auch auf politischen Gesichtspunkten. So ist es möglich gewesen, daß die Preise für einzelne Produkte, zum Beispiel für Brotgetreide, um circa 30 Prozent, dagegen für Hafer und Gerste zeitweise fast bis zu 100 Prozent und darüber gestiegen sind. Daraus ergibt sich eine andauernde Gefahr für Zurückhaltung der billigeren Produkte und der Anreiz zur Verfüllung, weil, wenn in Fleisch umgesetzt, der Verdienst ein weit höherer ist. Ferner auch, daß die lohnender erscheinenden Produkte vorzugsweise angebaut werden. Auch von landwirtschaftlicher Seite sind Bestrebungen für die Herbeiführung einer derartigen Preisrelation laut geworden. Sie bewegen sich jedoch in der Hauptsache nach der Richtung, die ihnen zu niedrig erscheinenden Preise zu den höchsten hinaufzuziehen. Dagegen muß entschieden Protest eingelegt werden. Preise wie für Hafer, Gerste, Hülsenfrüchte, Fleisch usw. lassen sich nicht mit vorhandenen Produktionskosten rechtfertigen, sondern sind Kriegs- Konjunkturpreise, die auf der Mollage des Volkes sich aufbauen. Wir fordern eine Preisrelation, die sich aufbaut auf tatsächliche Produktionskosten plus angemessenen Verdienst. Jeden Konjunkturgewinn, den die breite Masse zu tragen hat, und der ihr das Durchhalten fast unmöglich macht, müssen wir entschieden ablehnen.“

Als Hauptursache des Mißerfolges auf dem gesamten Gebiete der Kriegsernährung bezeichnet die Eingabe die unzureichende Organisation, vor allem des Kriegsernährungsamtes selbst. Es wird deshalb eine Organisation des Kriegsernährungsamtes gefordert, die dieses in unmittelbare Verbindung mit dem Kriegsamte, dem die Heeresversorgung obliegt, bringt, und es zugleich den hindernden Einflüssen einzelner Bundesregierungen entzieht.

Die provinziellen und Kreiswirtschaftsämter, die das Kriegsamte neuerdings ins Leben gerufen hat, sollen auch für die Aufgaben des Kriegsernährungsamtes, soweit es sich um die Herbeiführung einer strengen Rationierung und Verteilung sowie um die Sicherstellung der ausreichenden Ablieferung von Lebensmitteln auf dem Lande handelt, in Anspruch genommen werden. Die diesen Stellen übertragenen Funktionen hinsichtlich der Förderung der Erzeugung sollen nicht geschwächt werden.

Dem Beirat des Kriegsernährungsamtes soll ein größerer Einfluß auf die Maßnahmen dieses Amtes eingeräumt werden. Dieser Beirat ist bisher nur zweimal berufen worden und wurde stets vor Situationen gestellt, an denen alles Beraten nichts mehr ändern konnte. Am Schlusse der Eingabe heißt es:

„Die deutschen Gewerkschaften und Angestelltenverbände möchten auf das nachdrücklichste davor warnen, in der Frage der Kriegsernährung die Dinge so weiter gehen zu lassen. Die Folgen könnten unabsehbar werden. Die vertrauensvolle Mitarbeit, die sie bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes übernommen haben, gibt ihnen ein besonderes Anrecht, darüber zu wachen, daß dieser Zweck nicht durch eine fortdauernde lässige Auffassung und Ausführung der hinsichtlich der Kriegsernährung gegebenen Pflichten gänzlich in Frage gestellt wird.“

Unterschiedet ist die Eingabe von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, dem Verbande der deutschen Gewerksvereine (G.-D.), der Polnischen Berufsvereinigung, der Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht und der Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

### Ein Mahnwort in schwerer Stunde.

Als Gewerkschafter haben wir uns mit wirtschaftspolitischen Vorgängen zu beschäftigen, insofern sie die wirtschaftliche Lage der Arbeiter beeinflussen können. Denn es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter versuchen müssen, ihr Lohn Einkommen zu verbessern, wenn es nicht gelingt, Maßnahmen abzuwehren, die eine Verminderung der Kaufkraft ihrer Löhne herbeiführen. Deshalb ist es zunächst notwendig, sich über die wirtschaftliche Tragweite der in Betracht kommenden Veränderungen klar zu werden.

Zur Zeit stehen zwei wirtschaftspolitische Maßnahmen von tief einschneidender Bedeutung im Vordergrunde der Erörterung. Eine davon liegt auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft. Es ist die von den Vertretungen der Landwirtschaft geforderte fast allgemeine Erhöhung der Preise für die Haupterzeugnisse des Ackerbodens, der Gärtnerei und der Milchwirtschaft. Die andere Maßnahme liegt auf geistig-beruflichem Gebiet: die Reichsregierung fordert neue indirekte Steuern, deren Ertrag auf rund 800 Millionen Mark berechnet wird! Die Verwirklichung der beiden Pläne würde eine Mehrbelastung von mindestens zwei Milliarden Mark ergeben, die vorwiegend von der breiten Masse der Bevölkerung getragen werden müßte.

Schauen wir zu, was gefordert wird und wie die Maßnahmen wirken würden! Während die Verbraucher unter dem schweren Druck der hohen Lebensmittelpreise seufzen, ein großer Teil des Volkes von dem Verbrauch einer Reihe von Nahrungsmitteln schon fast gänzlich ausgeschlossen ist, weil ihre Kaufkraft zu der Preishöhe in einem argen Mißverhältnis steht, arbeiten die mächtigen Vertretungen der Landwirte planmäßig an einer weiteren beträchtlichen Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel. Und die Verteuerung soll die Kriegszeit überleben; sie soll dauernd festgehalten werden.

In der agrarischen Presse und durch die agrarischen Vertretungen in den Parlamenten wurde tüchtig vorgearbeiten. Der preussische Landwirtschaftsminister unterstützte nach seinem ganzen Verhalten die weitgehenden Forderungen der Landwirte. Man ließ die agrarischen Organisationen aufmarschieren: Bauernvereine und Landwirtschaftskammern. Dann folgte eine Kundgebung des Deutschen Landwirtschaftsrats, der mächtiger ist als das preussische Ministerium, und dann folgte als Hauptstoß eine Generalversammlung des Bundes der Landwirte. Sie war eigens zu dem Zwecke veranstaltet worden, um die jetzigen und zukünftigen Forderungen der Agrarier zu umgrenzen, von deren Erfüllung, nach der nicht mißzuverstehenden Erklärung der Landwirte, Deutschlands Schicksal abhängig sein soll. Werden die Forderungen nicht erfüllt, dann sollen unzureichende Ernten unvermeidlich sein. Selbstverständlich werden die Forderungen und Erklärungen in die Versicherungen edlen Patriotismus, unbegrenzter Königstreue und uneigennützigem Opferbereitschaft eingewickelt.

Was man im wesentlichen verlangt, ist folgendes: Erhöhung der Preise für Brotgetreide, Kartoffeln, Äpfel, Gemüse und Erzeugnisse der Milchwirtschaft sowie das Bestehenlassen der jetzigen hohen Viehpreise. Die geforderten Erhöhungen würden die Preise um 20 bis 30 v. H. weiter hinaufdrücken. Die Verteuerung des Brotgetreides allein dürfte etwa 600 Millionen Mark ausmachen; auf ungefähr 300 Millionen Mark ist die Preisserhöhung zu veranschlagen, die wir auf Zucker zu erwarten hätten. Dazu käme eine Verteuerung der Kartoffel, die den Verbraucher nochmals wieder um 300 bis 400 Millionen Mark belasten würde. Nimmt man hinzu, daß auch für Gemüse, Milch, Leinöl usw. höhere Preise verlangt werden, so ist die sich ergebende Gesamtbelastung mit 1 1/2 Milliarden eher zu niedrig als zu hoch veranschlagt.

Da hier vorwiegend die von der breiten Masse verbrauchten Nahrungsmittel in Betracht kommen, ist es nicht nötig, an dieser Stelle noch näher auseinanderzusetzen, daß die Verwirklichung der agrarischen Forderungen den Haushalt der Arbeiter erneut in ganz empfindlicher Weise belasten würde. Allein die Verteuerung des Brotgetreides in der angenommenen Höhe, und wie sie von landwirtschaftlichen Hochschullehrern als notwendig bezeichnet worden ist, würde eine Mehrbelastung von fast 90 Mark für das Jahr und den Kopf der Bevölkerung ausmachen. Die von den Hochschullehrern zugleich vorgeschlagene Ermäßigung der Vieh- und Fleischpreise ist durchaus unzureichend und kein Ausgleich. Ueberdies wird diese von den Vertretern der Landwirtschaft entschieden bekämpft. Sie dürfte auch kaum kommen; im Gegenteil, es ist inzwischen eine weitere Steigerung der Fleischpreise eingetreten.

Die Landwirte begnügen sich jedoch nicht mit der Forderung höherer Preise für die Kriegszeit, sie verlangen auch noch Maßnahmen, die ihnen die toll in die Höhe getriebenen Preise dauernd sichern sollen. Das soll ein lückenloser Zolltarif mit entsprechend hohen Zollsätzen bewirken. — Mit dieser Angelegenheit werden wir uns noch eingehend zu beschäftigen haben. — Jetzt ist als besonders bemerkenswert die Tatsache herauszustellen, daß in der Frage der Schutzollforderung der ebenfalls mächtige Zentralverband der Industriellen mit dem Bunde der Landwirte an einem Strange zieht. Diese beiden einflussreichsten Interessentengruppen sind einig und darum auch fast allmächtig in dem Bestreben, durch die Errichtung einer Deutschland umschließenden hohen Zollmauer den Inlandsmarkt vollständig unter ihre Preisdiktatur zu zwingen. Und es ist ein warnendes Zeichen der Zeit, daß die Arbeiter nicht übersehen dürfen, daß auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte der Vorsitzende der großen, starken Organisation der Industriellen, Landrat a. D. H. Sticker, und ein Fabrikant, Dr. W. I. D. G. r. u. b. e.

als Hauptredner für die gemeinsamen Forderungen und Bestrebungen auftraten.

Während in den Reihen der Arbeiterchaft ein Kraftverbrauchender Bruderkampf einsetzt, schließen sich die sozial, wirtschaftlich und politisch mächtigen Interessengruppen der landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmer zu einem einheitlichen Vorstoß zusammen, der die soziale Lage der Arbeiter in empfindlicher Weise bedroht.

Eine weitere Beeinträchtigung ihrer Lebenshaltung droht den Arbeitern durch die erwählten neuen Steuern. 300 Millionen Mark sollen durch eine Erhöhung der Eisenbahntarife für den Frachtgut- und den Personenverkehr aufgebracht werden. Wer wird die Steuer in der Hauptsache zu tragen haben? Die Verteuerung der Güterfrachten umfließt sich restlos in eine Erhöhung der Warenpreise, die der Verbraucher bezahlen muß. Der größte Teil entfällt auf die Güter des Massenverbrauchs. Auch die höheren Kosten der Geschäftsreisenden muß der Warenabnehmer in erhöhten Preisen übernehmen. Nur in geringem Maße belastet die Steuer den Besitz, insofern, als sie die Vergütungsreisen ebenfalls verteuert. Aber diese Belastung steht in gar keinem Verhältnis zu der, die der Verbraucher infolge der Warenverteuerung als Folge der Tarifserhöhung auf sich nehmen muß.

Sodann sollen die Kohlen verteuert werden. Vorgeschlagen ist eine Steuer in Höhe von zwanzig Prozent des Förderwertes der Kohlen. Diese Steuer soll 500 Millionen Mark in die Reichskasse leiten. Die Kohlensteuer ist noch übler als die Verkehrssteuer. Man denkt zunächst an die Verteuerung des Hausbrandes. Es ist auch zweifellos schmerzhaft für den Arbeiter und die Armen, wenn er für den Zentner Kohlen in Zukunft 20 bis 30 Pf. mehr bezahlen muß. Und doch ist diese Mehrbelastung noch gering im Vergleich zu der mittelbaren, der der Verbraucher infolge der Kohlensteuer unterliegt. Die gewerblichen Verbraucher von Kohlen belasten selbstverständlich die Abnehmer der von ihnen auf den Markt gebrachten Waren mit der Steuer, die der Fabrikant, Handwerker usw. zunächst auslegen muß. Wiederum sind es die Güter des Massenverbrauchs, die dabei am meisten belastet werden. Der Staat als Abnehmer von Eisenbahnmateriale, Kriegsausrüstung, Schiffen, Fahrzeugen, als Verbraucher von Kohlen für alle seine Unternehmungen, bei dem Bau von öffentlichen Anlagen usw., muß die Steuern ebenfalls an die Unternehmer und Lieferanten in gesteigerten Preisen zurückzahlen. Diese erhöhten Preise bedeuten wiederum eine Mehrbelastung der Steuerzahler. Das gleiche gilt von den Gemeinden als Kohlenverbraucher. Die Erzeugung von Gas, Elektrizität, der Betrieb von Straßenbahnen, die Beheizung der öffentlichen Anlagen und Gebäude werden verteuert. In höheren Abgaben für Gas, Wasser, Elektrizität und in gesteigerten Gemeindesteuern wird die Kohlensteuer auf die breite Masse abgewälzt.

Diese gedrängte Darstellung läßt zur Genüge erkennen, daß die neuen Forderungen der Landwirte und die neuen Steuern den Haushalt des Arbeiters in sehr empfindlicher Weise belasten werden. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen muß man damit rechnen, daß nicht nur die jetzt geforderten indirekten Steuern, sondern auch noch weitere mit gleicher Wirkung für den Arbeiter Gesetzeskraft erlangen. Und bei dem Einfluß der in Betracht kommenden Interessengruppen wird man sich ebenso mit der bedauerlichen Tatsache abzufinden haben, daß die Landwirte wenigstens zu einem großen Teile ihre Preisforderungen durchsetzen.

Schwerer Belastung durch neue Steuern und weiterer Verteuerung der Lebenshaltung können sich die Arbeiter nicht entziehen. Daher ist es unerlässlich, daß sie die Mehrbelastung durch Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen auszugleichen versuchen. Das jedoch kann mit Erfolg nur geschehen, wenn sich die Arbeiter in solchem Maße auf starke, geschlossene Organisationen stützen können. Darauf hinzuwirken, ist gerade jetzt besonders notwendig. Namentlich darum, damit nicht der in der politischen Arbeiterbewegung tobende Meinungsstreit auch auf die Gewerkschaften übertragen wird, deren Geschlossenheit, Loket, ihre Schlagkraft lähmt. Die schweren wirtschaftlichen Kämpfe, die uns bevorstehen, machen es zu einer gebieterischen Pflicht, die Kraft der Gewerkschaften nicht zu schwächen, indem man den Bruderkampf in sie hineinträgt. Mögen die Meinungsverschiedenheiten in den politischen Organisationen ausgeglichen werden, der wirtschaftliche Zweig der modernen Arbeiterbewegung darf davon nicht berührt werden, soll die Gesamtarbeiterschaft vor schweren wirtschaftlichen Schäden bewahrt bleiben.

Keine größere Freude gäbe es für das Unternehmertum, als wenn die Gewerkschaften in den Strudel der Meinungskämpfe mit hineingezogen würden. Eine Störung der gewerkschaftlichen Arbeit würde den kapitalistischen Interessengruppen die Durchsetzung aller ihrer das Wohl der Arbeiter bedrohenden Pläne leicht machen. Bleiben dagegen die Gewerkschaften vollständig kampffähig gegen das Unternehmertum, dann können sie manchen Schaden abwenden, und dann besteht weiter die begründete Hoffnung, daß bald nach Beendigung des Krieges die Arbeiterschaft sich auch wieder zu einer einheitlichen und einmütigen politischen Kampffront zusammenfindet.

### Die angebliche Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der gelben Werkvereine.

Auf dem Reichert Kongress für Kriegsbekämpfungsfürsorge drängen sich die Gelben heran und suchen im Trüben zu fischen; ja sie besitzen sogar die Dreifigkeit, sich als die einzig wahren Arbeitervertreter anzupreisen. Aus diesem Grunde haben sich die gewerkschaftlichen Vertreter veranlaßt, zu den Bemerkungen der Gelben Stellung zu nehmen. Sie treten dies in folgender Erklärung, die in öffentlicher Sitzung abgegeben wurde:

„Anfangs der jetzt erregten Bestrebungen, die sogenannten gelben Organisationen (Wertvereine, Betriebsvereine, vaterländische Arbeitervereine usw.), die von Seiten der Unternehmer gegründet, unterhalten oder unterstützt werden, den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in der Forderung von Arbeiterinteressen während des Krieges gleichzustellen und zur Geltung zu bringen, erklären die am 23. August in Köln getragene folgende Kongress von Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände der Gewerkschaften der Gewerkschaften, des Gesamtverbandes der deutschen Gewerkschaften, des Verbandes der deutschen Gewerkschaften (G.D.) und der Politischen Betriebsvereine sowie des Deutschen Betriebsverbandes, daß sie die gelben Organisationen als unzulässige Vertretungen von Arbeiterinteressen nicht anerkennen und das Zusammenwirken mit ihnen bei gemeinsamen Forderungen von Arbeiterinteressen ablehnen.“

Selbstverständlich ist in dieser Erklärung keine Rede davon, daß den Gelben irgendwie unterstellt werden soll, für die Kriegsbekämpfung aus ihren Reihen Sorge zu tragen, man will lediglich einen Trennungsschnitt ziehen und ihnen die Möglichkeit nehmen, sich nach außen als unabhängige Arbeiterorganisationen zu gebärden und sich auf diese Weise eine Stellung zu erschleichen, die ihnen nicht zutrifft. Wie allgemein bekannt ist, suchen die Scharfmacher die Zeit des gewerkschaftlichen Bürgerfriedens auszunutzen, um die Gelben in die wirkliche Arbeiterbewegung einzuschmuggeln und sie dadurch gewissermaßen mitwirkungsfähig zu machen. Dieser Verwischung der Grenzlinien und dieser Verdunkelung der bestehenden Gegensätze sollte durch die Erklärung entgegengetreten werden. Das war das gute Recht aller jener Arbeiterorganisationen, die etwas auf ihren Fuß stellen und keine Lust haben, sich mit den Hilsstruppen des Unternehmertums auf eine Stufe stellen zu lassen.

Die rein sachliche Erklärung der Gewerkschaften erregte erklärlicherweise unter den Gelben und ihren Schützern ein großes Mißbehagen. Einer ihrer Sprecher gab eine Gegenklärung zu Protokoll, worin er zunächst dem Wunsche Ausdruck verlieh, daß in der Frage der Kriegsbekämpfungsfürsorge alle Bevölkerungskreise zur Mitwirkung herangezogen werden sollten. Die Gewerkschaftsvertreter wollten von einem solchen Zusammenarbeiten nichts wissen und hätten die Gelegenheit benützt, ihre Abneigung gegen die jüngsten aber kräftig aufstrebenden Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen. Nach diesem etwas verdächtig klingenden Selbstlos über das kräftige Aufstreiben der Gelben, wovon allerdings andre Leute nichts gemerkt haben, hielt der Vertreter der Gelben es für angebracht, ihre Leistungen und Verdienste ins hellste Licht zu setzen. Er behauptete nämlich:

„Die Wertvereine haben es bisher in ganz hervorragender Weise verstanden, die Interessen der von ihnen vertretenen Arbeiter auf dem Wege friedlicher Verständigung mit dem Arbeitgeber wirkungsvoll zu vertreten. Im Gegensatz zu andern Gewerkschaften haben die meisten Wertvereine während des Krieges ihre Unterstützungseinrichtungen in bestem Maße aufrechterhalten. Mit Hilfe untrübe Arbeitsnachweise ist es uns mehrfach gelungen, Arbeitsverleiher in geeigneten Stellungen unterzubringen. Durch Einführung von besonderen Unterstützungseinrichtungen für die Familien der Kriegsteilnehmer haben die Wertvereine ferner sehr segensreich gewirkt. Die Wertvereine erscheinen vermöge ihres engen Anschlusses an die einzelnen Betriebe als besonders geeignet für die Betätigung in der Kriegsfürsorge.“ Auf Grund dieser „hervorragenden“ Leistungen der gelben Wertvereine erhob der Redner Anspruch darauf, daß nach dem Wunsche der Gewerkschaftsvertreter die Mitarbeit der Wertvereine bei der Kriegsfürsorge ausgedehnt werden soll. Im Gegenteil:

„Entgegen den Bestrebungen der Kampfgewerkschaften uns von der Macht auszuschließen, machen wir vollen Anspruch auf die Mitarbeit und werden nach wie vor bemüht sein, mitzuwirken in allen sozialen Fragen. Wir begründen diesen Anspruch damit, daß wir trotz unserer Jugend als Organisation und trotz der Gegnerschaft der Kampfgewerkschaften die Arbeiterbewegung sind, deren Ideen in den Arbeiterkreisen das größte Verständnis entgegengebracht wird, deren Mitgliederzahl die Zahl der Mitglieder verschiedener anderer Gewerkschaften jetzt schon erheblich übersteigt und die infolge ihrer häufigen Ausdehnung die ihr zum Teil verweigerte Anerkennung doch erringen wird.“

Die Gelben lieben es, bei jeder Gelegenheit das Maul recht voll zu nehmen und mit ihrer stets wachsenden Mitgliederzahl sowie mit den günstigen Klassenverhältnissen zu prahlen. Jeder verabsäumen sie es regelmäßig, für dies Wachsstum auch die zahlreichsten Belege zu bringen. Auf ihrer Generalversammlung gaben sie wieder über ihren Mitgliederstand noch über ihren Klassenstand Aufschluß. Sie würden dies sicherlich gern haben, wenn sie ihre Prahlerei durch Zahlen belegen könnten. Aber wir wollen ihnen das Endliche Vergnügen, ordentlich aufzuschnitten nicht stören, und auch die Entschädigung darüber welchen Ideen in der Arbeiterbewegung das größte Verständnis entgegengebracht wird, wollen wir getreu der Zukunft über lassen.

Neuerdings haben die Gelben sich auch bei dem Hilfsdienstgesetz vorudrangeln versucht. Sie beanspruchten für sich Vertretungen in den nach dem Gesetz zu bildenden Ausschüssen. Nun würden die Gewerkschaften an sich gegen die Zuziehung der Gelben zu diesen Ausschüssen wenig einwenden; nur müßten sie darin als Vertreter der Unternehmer erscheinen, also von diesen gewählt und gewählt werden. Sie wollen aber Sitze der Arbeitervertreter für sich haben. Dagegen wehren die Gewerkschaften aller Richtungen sich mit Recht. Es heße ja die Ausschüsse den Arbeitern direkt in die Hände spielen, wenn man Gelbe als Arbeitervertreter aufnimmt und anerkennt würde. Grenzüberschreitend ist die in Frage kommende Vertreter der Regierung sich der Berechtigung des gewerkschaftlichen Anspruchs nicht verliessen zu haben. Wenigstens klagen die Gelben in ihrer Presse Stein und Bein über Zurücksetzung. Das sollten sie nicht tun, sondern sich einfach von den Unternehmern einige Sitze in den Ausschüssen ausbitten. Als Vertreter der Unternehmer werden sie aber von den Gewerkschaften gewiß nicht willkommen gesehen, aber bestimmt anerkannt werden.

Wir wiederholen es noch einmal, daß kein vernünftiger Gewerkschaftler etwas dagegen einzuwenden hat, wenn die gelben Wertvereine für die Mitgl. oder im allgemeinen und die Kriegsbekämpfung im besonderen Sorge tragen und auch in den Hilfsdienstauschüssen mitarbeiten. Lediglich der Versuch, sie als gleichwertige und gleichberechtigte Vertretungen der Arbeiterinteressen hinzustellen, wird nachdrücklich zurückgewiesen. Die Gewerkschaften aller Richtungen sind übereinstimmend der Meinung, daß die gelben Wertvereine überhaupt keine Gewerkschaften im wahren Sinne des Wortes sind. Sie sind vielmehr lediglich Vereinigungen von Arbeitern, die kein Verständnis haben für das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern und die, den Entfremdungen solcher Führer folgend, sich zur Vertretung kapitalistischer Interessen mißbrauchen lassen. Aus Unkenntnis oder aus Boswilligkeit trennen sie die proletarischen Interessen mit Füßen, indem sie bei einem ausbrechenden Streit ihren eigenen Kollegen in den Rücken fallen und sich als Schutztruppe des Kapitals aufspielen. Sie geben dies auch offen zu und sind noch außerdem stolz auf ihre Leistungen. Auf ihren Kongressen, die unter dem Protektorat der Scharfmacher stattfanden, erklärten sie vor aller Welt, daß sie jegliche Solidarität mit ihren um eine bessere Lebenshaltung kämpfenden Klassenossen ablehnen, daß sie im Gegenteil den Unternehmern Hilfe leisten wollen. Diese

arbeiterfeindliche Haltung suchen sie dadurch zu verschleiern, daß sie die Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit, die doch ein Mäher mit dem Stode fühlen kann, einfach in Abrede stellen, daß sie einen Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen grundsätzlich ablehnen und daß sie die Unternehmer als gutmütige Leute bezeichnen, die sie bereit seien, im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts alle Arbeiterforderungen zu bewilligen. Oberdies machen sie noch fortwährend die Behörden und die Arbeitgeber gegen die wirklichen Gewerkschaften scharf, wobei sie sich selbst mit Griechen und Schweinewedeln zu Schuppugerdiensten empfehlen. Die meisten Führer der gelben Bewegung stehen direkt oder indirekt im Solde des Unternehmertums, und den Mitgliedern der gelben Vereine fehlt meist das proletarische Selbstbewußtsein und das Verständnis für unser modernes Wirtschaftsleben. Und solche Organisationsführer erheben den Anspruch, als gleichberechtigte Arbeitervertreterungen behandelt zu werden? Das gleiche Recht für alle Gewerkschaften haben auch wir für eine billige Forderung, aber niemals können und werden wir Vereine als gleichwertig und gleichberechtigt anerkennen, die gar keine Gewerkschaften, sondern lediglich Schutztruppen des Kapitals und Schutzknappen des Scharfmachertums sind. Dagegen sprechen Gründe wirtschaftlicher und sittlicher Art.

In der letzten Woche sind die Gelben beider Richtungen recht lebhaft gegen die angebliche „Entzerrung der wirklich nationalen Arbeiterchaft“ angefürt. Die Anhänger der Berliner Richtung veranlaßten sich am 10. Februar. Dr. Matjanon sprach über „Die Forderungen der unabhängigen wirtschaftlichen Arbeiterchaft bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes“. Weil den Gelben die Lüren zu den großen Ausschüssen gekippt sind, sollen nun recht viel von ihnen in die Arbeiterausschüsse gewählt werden. Die Entzerrung über die bösen Gewerkschaften wurde in folgender Entschließung zusammengefaßt:

„Die heutige Vertretung des Kartellverbandes Deutscher Wertvereine ist im vollsten Maße mit den Ausführungen der Reichert einverstanden. Sie protestiert gegen die Versuche der Kampfgewerkschaften, Vertreter des Kartellverbandes bei der Bezeichnung der auf Grund des Hilfsdienstgesetzes zu wählenden Ausschüsse auszuschießen, und erklärt, daß nur die Vertreter des Kartellverbandes das Vertrauen der in Wertvereinen des Kartellverbandes organisierten sowie auch weiter wirtschaftlich getrennter Kreise der unorganisierten Arbeiterchaft besitzen.“

Die Entschließung nimmt auch das Vertrauen der unorganisierten Arbeiter für die Gelben in Anspruch. Dagegen ließe sich manches sagen. Es sprechen sogar viel Gründe für die Annahme, daß die Wertvereine nicht einmal das Vertrauen ihrer eigenen Mitglieder besitzen.

Die Gelben der Essener Richtung haben sich für die Bezirke Rheinland und Westfalen mit den Unternehmern gemeinsam in Essen versammelt. Zunächst beriet jede Gruppe für sich die Unternehmerversammlung war, nach dem „Wertverein“, völlig einig. Die Aussprache ergab „böllige Uebereinstimmung in der Auffassung, daß das Erlernen der gewerkschaftlichen Demokratie für unser Vaterland wie in besondere auch für unser wirtschaftliches Leben eine nicht zu unterschätzende Gefahr bedeute und daß ein gemeinschaftliches starkes Interesse der Arbeitgeber sowohl wie der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterchaft vorliege, sich auf Grund freier Vereinbarung zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen“. Ferner „kam mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck, daß in den Kreisen der in der Sitzung vertretenen Arbeitgeber aus der Metallindustrie dem Bergbau, der Textilindustrie, der Eisenindustrie und der Holzindustrie grundsätzlich Uebereinstimmung darüber bestehe, daß eine Arbeitsgemeinschaft mit den wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen für den wirtschaftlich-friedlichen Industriebezirk gebildet werden müßte“. Es wurde dann ein sogenannter „Verständigungsausschuß“ gewählt, dem 12 Unternehmer und 12 Wertvereiner angehören und dem folgende Aufgaben gestellt werden:

- 1. Stellungnahme zu Maßnahmen der Gesetzgebung.
2. Gemeinsame Abwehr der durch die Gewerkschaften heraufbeschworbenen Bedrohungen im wirtschaftlichen Leben.
3. Unterrichtung der Arbeitgeber über die Stimmungen und Strömungen in der Arbeiterchaft.

Neue Aufgaben sind das gerade nicht. Was da aufgezählt ist, haben die Gelben bisher schon getan oder doch zu tun versucht. Neu ist nur, daß die Unternehmer jetzt die Wa le fallen lassen und sich offen mit den Gelben zu gemeinsamer Bekämpfung der Gewerkschaften verbünden. Bisher zogen sie nur die Stricken hinter den Kulissen, jetzt treten sie selbst mit auf die Bühne. Uns kann das nur recht sein. Hoffentlich lassen die Gelben jetzt wenigstens ihren Anspruch fallen, wenn man sie ein von den Unternehmern gearändete, gestützte und geschützte Besatzung des Kapitals nennt.

Gleichzeit mit den Unternehmern, aber, wie der „Wertverein“ versichert, „in einem andern Raum“, tagten die Vertreter der gelben Wertvereine für Rheinland und Westfalen. Was sie beraten und beschlossen haben, wird nicht mitgeteilt. Wohl aber, daß sie dann mit den Unternehmern eine gemeinsame Beratung abhielten. Darin wurde wiederum bewerkstelligt über die allgemeine Mitarbeitnahme der Gelben. Der „Provinzialverbandessprecher“ meinte: „Gegenwärtig lasse die Reichertsozialdemokratie für die der Bürgerfrieden nicht existiere und die wirtschaftsfriedliche Bewegung aus dem vaterländischen Hilfsdienst fast ganz verdrängen hätte, daß Schl mitte beirräten.“ Aber es lebt noch die Hoffnung, daß der neue Verständigungsausschuß Abhilfe bringe. Ein anderer Redner bürgte allerdings, daß der Ausschluß schon zu spät komme. Er vermisste auf die „feberhafte Klüftung der Kampfgewerkschaften für den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege“ und legte sogar dar, daß die bösen Organisationsführer „ohne Rücksicht auf den Bürgerfrieden“ agitieren, „Molot über werben und ihre Krallen öffnen. Schrecklich so was! Die gemeinsamen Klagen, Wünsche und Vorfälle fanden schließlich Ausdruck in einer Resolution, die zwar sehr lang ist, aber wenig Wichtiges und gar nichts Neues sagt. Wir können also ohne Mühe oder damit verschonen.“

In der Reichstagsitzung am 2. März warf der Abg. Stresemann den freien Gewerkschaften Unzulänglichkeiten gegen die Gelben vor. Darauf erwiderte Genosse Legien:

Herr Stresemann hat uns vorgeworfen, daß wir unzulässig gegen die Wirtschaftsfriedlichen vorgingen. Ich muß dagegen protestieren, wenn er diese als Arbeiterorganisationen bezeichnet. Es ist für diese Organisationen charakteristisch, daß ein Vertreter eines Arbeitgeberverbandes so warm für sie eintritt. Was würde Herr Stresemann sagen, wenn unsere Gewerkschaften einige Unternehmern kaufen, von diesen eine Unternehmerorganisation schaffen lassen würden und dann verlangen, daß diese Unternehmerorganisation als Vertreter der Unternehmer im öffentlichen Leben gelten solle? Genau so liegt es mit den Gelben. Sie sind zum größten Teil von den Unternehmern gegründet und werden dauernd aus deren Mitteln unterhalten. (Sehr wohl! bei den Soz.) Auf der Generalversammlung des Verbandes des Textilindustriellen hat der Vorsitzende gesagt: „Eigentlich haben wir für diese Gelben Beiträge nicht zu leisten, aber es liegt im Interesse der Unternehmer, daß diese Organisationen ausbreiten erhalten werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir werden uns mit aller Energie dagegen wehren, daß Vertreter solcher Organisationen in Körperchaften kommen, die über Interessen der Arbeiterschaft zu entscheiden haben, wie die Arbeiterausschüsse des Hilfsdienstgesetzes. Was lehnen die Gewerkschaften aller Richtungen ein glattes ab. Ich erinnere auch daran, daß der ehemalige Sekretär des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der Vater dieser vaterländischen Arbeitervereine, jetzt in einem Bude erklärt hat, daß er mit dieser Gründung einen schweren Fehler begangen habe, weil diese Gründung dazu beigetragen habe, die Gewerkschaften, deren große Bedeutung sich jetzt im Lichte gezeigt habe, nicht zur vollen Entfaltung kommen zu lassen. Wer diesen Organisationen das Wort redet, der dient nicht im Interesse des Vaterlandes.“ Dieser Beurteilung der Gelben schloßen sich Vertreter der christlichen Gewerkschaften im Reichstage ausdrücklich an.

**Aus der Industrie**

**Papier-Industrie**

**Unfallgefahren und Unfallverhütung in der Papiererzeugungsindustrie.**

**II.**

Bekanntlich erlaubt die Papiermacher-Berufsgenossenschaft seit 1915 den Unternehmern die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen an langsam laufenden Maschinen. Die Unternehmer haben diese Erlaubnis weidlich ausgenutzt und beschäftigen die Frauen und Jugendlichen selbst an den gefährlichsten und schnelllaufenden Maschinen. Besonders häufig werden Frauen und Jugendliche zur Zeit an den Papierumrollmaschinen beschäftigt, obwohl dieselben zweifellos zu den gefährlichsten Maschinen zu zählen sind. Im Heft Nr. 21 der „Sozialen Technik“ vom Jahre 1913 schildert ein Aufsichtsbeamter die gefährliche Arbeit an den neuen Rollmaschinen mit zwei Tragwalzen. Ein Gehilfe wollte rückwärts die Rolle herausdrücken, wobei die Rolle plötzlich nachgab und der Gehilfe mit dem Kopfe gegen die Messerwelle stieß, wobei ihm der Kopf zerschmettert wurde, so daß der Tod sofort eintrat. In einem andern Falle war der Gehilfe während des Ganges hinten in die Maschine geklettert, um unter der Papierbahn Wegzufegen. Dabei wurde er von der Rolle erfaßt, mit samt dem Wejen unter der Rolle durchgerissen und getötet. Ein anderer Arbeiter wollte von hinten um die Wickelwalze einen Papierstreifen laufen lassen, dabei wurde er erfaßt und so schwer verletzt, daß der Arm völlig unbrauchbar wurde. Um derartige Unfälle zu vermeiden, empfiehlt der Aufsichtsbeamte die Anbringung einer Schutzwand an der Papiereinlaufstelle. Bei den neuen Hauboldtschen Rollmaschinen ist durch eine entsprechende Konstruktion der Maschine die gefährliche Stelle schon ausgeschaltet. Die empfohlene Schutzwand ist aber auch nur erst vereinzelt anzutreffen.

Nicht minder gefährlich sind die Holzstoffentwässerungsmaschinen in den Holzschleifereien, die während der Kriegszeit fast ausschließlich von Frauen bedient werden. Der schon erwähnte Aufsichtsbeamte teilt mit, daß in seinem Aufsichtsbezirke in den Jahren 1911 und 1912 45 Unfälle an Entwässerungsmaschinen und 40 Unfälle an Filzleitwalzen gemeldet wurden. Unter diesen Unfällen waren 17 Armbrüche und Handverletzungen sowie ein Todesfall zu verzeichnen. Die meisten Unfälle sind beim Reinigen der Filzspannwalze erfolgt. Durch eine geeignete Konstruktion kann die Filzspannwalze durch den Filz verdeckt werden, was zu einer Einschränkung der Unfallgefahren führt. Aufgehoben können die Unfälle aber nur dann werden, wenn die Betriebsleitungen strikte verlangen, daß beim Reinigen der Walzen die Maschine abgestellt wird. Leider wollen viele Unternehmer davon nichts wissen, weil die Maschinenstillstände einen Produktionsausfall verursachen.

Die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen an den Duer Schneidermaschinen ist während der Kriegszeit fast allgemein geworden. Um die an diesen Maschinen beschäftigten Personen vor Handverletzungen zu schützen und die Zahl der „klagenden Hände“ einzuschränken, genügen teilweise ganz einfache Schutzvorrichtungen. Ingenieur Schirmer fand in einer Zellstofffabrik an einem Querschneider mit rotierender Messerwelle eine einfache Holzleiste angebracht, die diametral zum umlaufenden Messer an dem Messer nur 60 Grad vorzueilen braucht, werden die vor dem Messer zu lange verweilenden Hände einfach beiseite geschoben, ohne daß dieselben die geringste Verletzung erleiden. Die Maschinenfabrik „Zum Bruderhaus“ in Neutlingen hat an ihren Querschneidermaschinen unter dem Messer einen federnden Eisenstab angebracht, der die Hände von dem Messer wegdrücken soll. Um der Bedienungsmannschaft keine Gelegenheit zu geben, von oben in die Messer hineinzugelangen, müssen diese mit einer Schutzhaube umgeben sein. Allgemein sind diese einfachen und billigen Schutzvorrichtungen auch noch nicht geworden. Ein Teil der Unternehmer glaubt immer noch seine Pflicht erfüllt zu haben, wenn er an den Maschinen die Warnungstafel: „Hände weg!“ befestigt.

Sehr häufig ereignen sich auch noch Unfälle, weil die Ein- und Austrückvorrichtungen in den Betrieben nicht in Ordnung sind. Schirmer berichtet, daß er in einem Betriebe von der Arbeiterschaft darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Ausstellvorrichtungen verfault waren. Im Jahre 1909 verunglückte in der Zellulosepapierfabrik Arnstadt ein Kollergangführer auf folgende Weise. Der Arbeiter hatte den Kollergang abgestellt und war in denselben hineingestiegen, um ihn zu reinigen. Während der Reinigung setzte sich der Kollergang von selbst in Gang, der Arbeiter wurde mitgerissen, und die schweren Steine gingen dem Arbeiter über den Leib, so daß die Gedärme herausstraten. Die Schuld an diesem Unfälle trug zweifellos die Firma. Die Ein- und Austrückvorrichtung war beschädigt und funktionierte nicht. Sollte der Arbeiter den Kollergang anstellen, so mußte er jedesmal in das Erdgeschloß und den Riemen mit einer Latte von der Leer- auf die Vollscheibe schieben. Daselbe Manöver mußte beim Austrücken des Kollerganges vor sich gehen, nur daß da der Riemen von der Voll- auf die Leer Scheibe gedreht wurde. Ähnliche Fälle liegen zu Duzenden auch aus andern Betrieben vor. Auf jeden Fall sollten die Arbeiter an diesen Maschinen die Bedienung strikte verweigern, bis sich der Unternehmer veranlaßt gesehen hat, die Reparaturen ausführen zu lassen.

Nur ein Teil der Unfallgefahren, von denen die Papierarbeiter stündlich bedroht werden, konnte hier gestreift werden. Laufend andre Unfallmöglichkeiten liegen noch vor, wie aus den Unfallberichten der Papiermacherberufsgenossenschaft alljährlich hervorgeht. Diese zu vermeiden ist nicht nur Pflicht der Arbeiter, sondern vor allem der Unternehmer. Durch Anbringung der bereits vorhandenen Schutzvorrichtungen, durch Erringung neuer Schutzmaßnahmen, durch eingehende Belehrungen der Arbeiterschaft über die Unfallgefahren und deren Vermeidung und durch die Beschäftigung geübter und

denkender Arbeiter können die Unfallgefahren immer mehr herabgedrückt werden.

Die Bedienung der Papiererzeugungsmaschinen erfordert im allgemeinen nicht nur eine „affenartige Handfertigkeit“, wie sich Ingenieur Schirmer ausdrückt, sondern vor allem auch eine gründliche Erfahrung im Produktionsprozeß. Beide Eigenschaften können aber nicht in kurzer Zeit erworben werden, sie beanspruchen eine jahrelange Tätigkeit, von der einfachsten Handleistung bis zur schwierigsten Maschinenbedienung. Um so verwerflicher ist die Handlungsweise derjenigen Unternehmer, die Frauen, denen nicht nur die gründliche Ausbildung fehlt, die in vielen Fällen den Anstrengungen körperlich und oftmals auch geistig nicht gewachsen sind, an den gefährlichen und schnell laufenden Maschinen beschäftigen. Genau so zu verurteilen ist die Beschäftigung von jugendlichen Personen an diesen Maschinen, zumal die Jugendlichen nur in vereinzelt Fällen die Werkstunde befühen, um die Gefahren voll zu würdigen, denen sie stündlich ausgesetzt sind. Durch die Beschäftigung dieser Personen wird die Unfallgefahr an den Papiererzeugungsmaschinen ganz wesentlich erhöht.

Aber auch die erwachsenen männlichen Maschinenarbeiter sind dem anstrengenden Dienst an den Papiererzeugungsmaschinen auf die Dauer nur gewachsen, wenn sie ihren Körper geistig und gesundheitlich auf der Höhe halten können. Dazu bedarf es aber einer ausreichenden Entlohnung und einer wesentlichen Verkürzung der täglich noch 12 und 24 Stunden währenden Arbeitszeit. Solange die Unternehmer in der Papiererzeugungsindustrie dieser Forderung noch schroff ablehnend gegenüberstehen, wird an eine durchgreifende Herabsetzung der jährlichen Unfallziffern schwerlich zu denken sein. Selbst wenn die Papierindustriellen sich endlich dazu verstehen wollten, die schon vorhandenen Schutzmaßnahmen voll zur Geltung zu bringen, wenn sie nur intelligenten Arbeiter an den Maschinen beschäftigen würden, dürften die Unfälle doch nur unwesentlich vermindert werden, solange diese Personen infolge der langen täglichen Arbeitszeit und der mangelhaften Entlohnung von Jahr zu Jahr immer mehr der Unterernährung anheimfallen. Neben den von den technischen Aufsichtsbeamten geforderten Maßnahmen zur Unfallverhütung muß die Papierarbeiterchaft mit allem Nachdruck eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine auskömmliche Entlohnung fordern. Weigern sich die Unternehmer weiterhin, diese im Interesse des Volkswohls liegenden Forderungen ihrer Arbeiterschaft freiwillig zu bewilligen, dann müssen sich die Papierarbeiter ihre Rechte eben mit Hilfe ihrer Berufsorganisation erkämpfen. Betreten sie diesen Weg nicht, dann haben sie auch das Recht verloren, die Unternehmer allein für die jährlich steigenden Unfallgefahren verantwortlich zu machen. G. St.

**Unfälle in der Papierindustrie.**

Der in der Papierfabrik Gronau beschäftigte Arbeiter Arno zog sich bei seiner Arbeit eine schwere Verletzung des rechten Armes zu. In einer Papierfabrik in Görlitz (Sa.) geriet ein noch lediger Arbeiter in die Transmission, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er starb.

In der Papierfabrik „Königs-Mühle“ in Markburg geriet der Arbeiter Kuhn aus Waidenburg in die Transmission, wurde erfaßt und mehrere Male um eine Welle geschleudert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Am 8. Februar explodierte in der Papierfabrik in Sondern der Trockenzyklus einer Papiermaschine. Dabei blieb ein 17jähriger Arbeiter sofort tot, während ein anderer schwer verletzt wurde. Der Sachschaden ist unerheblich.

**Chemische Industrie**

**Scheidemandel.**

Der sogenannte Scheidemandelkern, eine Gesellschaft, die einige Duzend Unternehmungen zur Knochenverwertung im In- und Auslande hat, besand sich bei Kriegsausbruch noch jahrelang sehr günstigen Erträgen in einer ungünstigen Geschäftslage. Das Ergebnis des Betriebsjahres 1912/13 war nur die an hohe Dividenden gewöhnten Aktionäre eine herb. Enttäuschung. Nach den erforderlichen Abgrenzungen und Abschreibungen blieb statt des erhofften Gewinnes ein Verlust von fast 8 Millionen Mark. Das nächste Jahr erhöhte diesen Verlust noch etwas. Um ihn zu beseitigen (der für 1913/14 war aus dem Reservefonds gedeckt worden), wurden die Aktionäre aufgefordert, von je 4 Akt in 3 der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, d. h. von 4000 Mark Aktienkapital 3000 Mark schuldungslos zurückzugeben. Das geschah ohne nennenswerten Widerstand, weil die Aktionäre desinteressiert und reiche Gewinne versprochen. Es werden jetzt von der Gesellschaft allerhand künstliche Nährmittel, Eiweißersatz usw. in den Handel gebracht die hoch im Preise stehen.)

Der jetzt vorliegende Abschluß der Gesellschaft für 1916 rechtfertigt die Erwartungen der Aktionäre durchaus. Schon das erste Kriegsjahr ermöglichte die Ausschüttung einer Dividende von 6 Prozent; für 1916 aber wurden zwölf Prozent in Vorschlag gebracht. Dabei wurden die Abschreibungen und Rückstellungen stark erhöht. Nachfolgend sind einige der wichtigsten Bilanzposten für die beiden letzten Geschäftsjahre zusammengestellt.

	1-14/15	191-16
Lantienen, Wohlfahrtspflege usw.	661 295	1 483 406
Abschreibungen	609 156	2 150 097
Umstellung auf Friedenswirtschaft	—	2 090 000
Reingewinn	703 670	2 732 549

Die Steigerung ist bei allen Posten stark. Die Ausgabe für Lantienen, Wohlfahrtspflege usw., worunter nach dem Geschäftsbericht auch die Ausgaben für Teuerungszulagen verbucht sind, ist mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahre. Die Abschreibungen sind sogar auf mehr als das Dreifache gestiegen. Der Bericht begründet das mit der jetzt stärkeren Abnutzung der Betriebsanlage. Das ist die allgemeine übliche Begründung. Sie hat den Vorzug, daß es sehr schwer ist, sie auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen. Die 2 Millionen, die für die Umstellung der Unternehmungen nach Kriegsschloß zurückgestellt sind, bilden eine Gewinnreserve für die Zukunft. Nach all diesen übererwünschten Rückstellungen bleiben noch rund 2 1/2 Millionen Mark Reingewinn übrig. Die Aussichten sind nach dem Geschäftsbericht befriedigend. Warum auch nicht! Bei solchen Ueberzüssen.

**Eine neue Unternehmerorganisation.**

Anfang Januar d. J. wurde in Berlin ein Zentralverband der chemisch-technischen Industrie gegründet. Dieser Verband will die Unternehmer derjenigen Industriezweige zusammenfassen, die gewissermaßen das Uebergangsgelände von der rein chemischen zu rein mechanischen Industrie bilden. Als solche werden genannt die während des Krieges so außerordentlich wichtig gewordenen Industrien der Fette, Seifen, Linten, der Galvanotechnik und der Rohmittel. In allen diesen Industriezweigen spielt die Chemie nicht die einzige, wohl aber eine sehr wichtige Rolle. Der Verband soll „der Mittler zwischen der Regierung und den einzelnen Firmen sein.“ Leiter der neuen Organisation ist Professor Binz von der Handelshochschule Berlin, Syndikus ein Dr. Golze.

Es wäre zu wünschen, daß die Arbeiter der in Frage kommenden Industriezweige die gleiche Mithrigkeit und den gleichen Organisationsgeist entwickelten wie ihre Unternehmer. Leider ist das bisher nicht der Fall.

**Keramische Industrie**

**Achtet auf die Unfallursachen!**

Am 3. Juli 1914 revidierte der technische Beamte der Biegelei-Berufsgenossenschaft den Betrieb des Biegeleiwerkes D. (e. G. m. b. H.). An einer Biegelei-Pressen (Biegelei-Pressen) war die Einlaufstelle zweier Zahnräder ungenügend gesichert. Ein Schußblech war allerdings vorhanden, es lag jedoch nicht eng an, siclicre deshalb nicht austreten konnte. Der Beamte ordnete die sofortige Beseitigung dieses Mangels an und forderte, daß binnen vier Wochen an die Berufsgenossenschaft zu berichten sei, ob und wie seinen Anordnungen entsprochen sei.

Wierzehn Tage später (17. Juli) geriet eine 18jährige italienische Arbeiterin mit der linken Hand in eben diese Presse. Die Hand wurde völlig zermalmt, auch mußte später der ganze linke Arm abgenommen werden. Die Berufsgenossenschaft hatte für die Kosten aufzukommen. Sie zahlte der Verlesenen 930 Mk. in bar und eine monatliche Rente von 72 Mk. Gestützt auf den Wunsch ihres Beamten und seine Anordnungen verklagte sie den Besitzer der Biegelei, später seine Erben, auf Erlass der Auslagen. Die Klage wurde in allen Instanzen abgewiesen. Zuerst vom Landgericht Ulm, dann vom Oberlandesgericht Stuttgart und endlich auch vom Reichsgericht.

Das Oberlandesgericht dessen Entscheidungsurteile für das Reichsgericht maßgebend waren, stützt die Ablehnung auf das Gutachten des als Sachverständigen angerufenen Gewerbeinspektors H. Doler, bestimmd, die Schutzvorrichtung sei so, daß eine durch Mißgeschick oder Unachtsamkeit herbeigeführte zufällige Verletzung der gefährlichen Stelle ausgeschlossen erscheine. Die Arbeiterin könne nur dadurch verunglückt sein, daß sie absichtlich in die Presse hineingekriehen habe. Diese Absicht wird allerdings nicht so ausgeteilt, als habe sie einen Unfall eriden wollen, um eine Rente zu erhalten, sondern sie habe einen Pappdeckel mit Gel tranken und damit einem Mitarbeiter ins Gesicht gefahren, also Unmut treiben wollen. Gegen solche mutwillige Eingriffe bietet die Vorrichtung allerdings genügenden Schutz nicht. Zu einem so weitgehenden Schutz sei aber auch, so folgerte das Gericht, der besagte Unternehmer nicht verpflichtet. Mit einem so leistungswidrigen Verhalten brauche der Unternehmer nicht zu rechnen, für die Folgen eines solchen trage er auch keine Verantwortung in strafrechtlichem Sinne. Deshalb wurde die Berufsgenossenschaft mit ihrem Erbschaftspruch abgewiesen.

Uns ist der Unfall erst aus dem Gerichtsentscheid bekannt geworden, wir können deshalb auch nicht beurteilen, ob die tatsächlichen Umstände des Gewerbeinspektors sich auf mehr als Vermutungen und einseitige Beobachtungen stützen. Die Verlesete selbst scheint in der Klagesache nicht vernommen zu sein; wahrscheinlich ist sie in ihre Heimat zurückgekehrt und für ein Verhör infolge der Kriegssperren nicht zu erreichen. Auffällig erscheint es jedoch, daß der Anwalt des Beamten der Berufsgenossenschaft so wenig Wert für die Beurteilung des Falles beigemessen wurde. In der Regel würden diese Beamten mit ihren Anordnungen im Rahmen des allernotwendigsten. Wenn der Beamte in diesem Falle sofortige Aenderung der Schutzvorrichtung anordnete und Bericht darüber innerhalb 4 Wochen einbrachte, so ist damit zu erwiesen, daß er in der unzureichenden Schutzvorrichtung eine ernsthafte Gefahr sah, deren Beseitigung dringend erforderlich war. Dabei hat er gewiß nicht an absichtliche Eingriffe in die Maschinen gedacht, sondern mit einer Gefahr, die sich aus und bei der Arbeit ergibt. Jedenfalls lehrt der Fall, daß die Arbeiter auf sich selbst bei Unfällen im Betriebe gewissenhaft auch über die Ursachen zu untersuchen, damit ihnen nicht eine Schuld aufgebürdet werden kann, die auf die Schultern des Unternehmers gehört.

**Jahresbericht für den Gau 7 (Königreich Sachsen).**

Das Jahr 1916 war in wirtschaftlicher Beziehung dem Vorjahre sehr ähnlich. Die Betriebe für Kriegs- und Heeresbedarf wurden durch die Kriegslage veranlaßt, ihre Produktion erheblich zu steigern. Dagegen wurde den übrigen Betrieben nach üblicher mitgespielt als im Vorjahre. Da die jährliche Kriegs- und Heeresindustrie sich im wesentlichen auf die Großstädte und deren Umgebung erstreckt, ist die Erwerbslosigkeit in diesen Bezirken ziemlich gering, dahingegen auf dem ländlichen Lande und vor allem im Gebirge um so ungemüßlicher. Nur wenige Betriebe brauchen auf dem ländlichen Lande konnten sich entschließen, der Arbeiterschaft eine angemessene Teuerungszulage zu gewähren. Auf beschließliche Anfrage unterrichtet erhielten wir entweder gar keine Antwort oder aber: „Teuerungszulagen gibt es bei uns nicht.“ Immerhin konnte infolge der im allgemeinen reichlichen Arbeitslosigkeit die Arbeiterschaft da, wo sie sich gerührt und sich auf die Organisation besonnen hat, durchweg recht nennenswerte Lohn- und Teuerungszulagen erzielen. Neben 6 Betrieben, wo 10 Mk. pro Woche und mehr Teuerungszulagen erreicht wurden, gibt es allerdings, wie schon erwähnt, auch solche, wo kein Pennig mehr bezahlt wird. Meist ist dies der Fall bei Unternehmern draußen im Lande, deren Betriebe brach liegen oder nur klemmen.

Die Arbeitslosigkeit war im verfloffenen Jahre trotz der hohen Kriegsinflation immer noch erheblich. Nach unserer Verbandsstatistik war in Sachsen die Arbeitslosigkeit durchweg größer als in andern Gauen des Verbandsgebietes, jedoch viel geringer als im Vorjahre. Bei 13 932 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt hatten wir 1889 also 13 1/2 Prozent Arbeitslos. Für 1916 lagen wurden 16 842 Mk. Arbeitslosenunterstützung bezahlt. Der ausgezahlte Betrag zeigt schon, daß unter den Arbeitslosen sehr viel Arbeiterinnen gewesen sein müssen. Die Hälfte der Arbeitslosigkeit entfällt auf das 1. Quartal; im 3. Quartal war die Arbeitslosigkeit am geringsten. Es handelt sich hier nur um die von unsrer Organisation erfaßten Arbeitslosen; bekannt ist, daß Ausgesessene und Nichtbezugsberechtigte sich in den wenigsten Fällen melden. Die Arbeitslosen müssen also etwas höher bezehret werden, um ein richtiges Bild vom Arbeitsmarkt im Königreich Sachsen zu erhalten.

Entsprechend dem Wirtschaftsleben gestaltete sich natürlich auch das Verbandsleben in den Bezirken des Gau's. Einige Zahlstellenentzungen betätigten sich unter den gewiß zur Zeit überall schwermütigen Verhältnissen recht reger wie monotonem Verbands; alle ihre Kräfte in der völlig richtigen Erkenntnis, daß unter den gegenwärtig schwierigen Verhältnissen nur größeres Fleiß verbunden mit Ausdauer und Energie Vorteile für die Mitglieder bringen kann. Eine Anzahl anderer Zahlstellen schert leider zu dieser Erkenntnis noch nicht gekommen zu sein. Trotz der oft sehr schwierigen Verhältnisse in den einzelnen Zahlstellen wäre bei richtiger Würdigung aller Agitationsmöglichkeiten immerhin ein besserer Erfolg zu erreichen gewesen, wenn unsere Kollegen und Kolleginnen in manchen Zahlstellen nicht über den allgemeinen alltäglichen Schmerzen das Allernotwendigste vergessen und verjäumt hätten. Nämlich, ihre Berufsorganisation, den Verband.

Was viele unserer Mitglieder in der schweren Kriegszeit dem Verbandsverbanden, davon geben einige kürzlich im „Proletariat“ erscheinende Berichte aus den Zahlstellen ein ganz herabes Zeugnis. Wir haben Firmen, wo unsere Mitglieder dank der Hilfe des Verbandes neben einem sonst nicht schlechten Lohn noch 8-10 Mk. und mehr die Woche Teuerungszulagen erhalten. Teuerungszulagen von 10 bis 20 Prozent sind keine Seltenheiten. Auch hier zeigen die größeren Zahlstellen mit einem regen Verbandsleben den Vogel ab. Dresden erzielte z. B. für 1916 Beteiligte 13 269,45 Mk. pro Woche oder 663 172,50 Mk. pro Jahr. Im Durchschnitt entfällt demnach auf jeden Beteiligten eine Lohnzulage von 3,75 Mk. pro Woche. In Magdeburg Dresden erzielten 1896 Mitglieder im Durchschnitt pro Woche 3,67 Mk. In Leipzig wurden für 1916 Beteiligte im Durchschnitt pro Woche 2,79 Mk. erzielt. Auch hier erregt es in andern kleineren Orten, soweit die Mitglieder sich äußern und nicht der allgemeinen „Kriegsdrang“ zum Opfer gefallen waren. Leider konnte man recht oft beobachten, wie wohl recht wenig geschimpft und gemurrt wurde über die niedrigen Löhne und die hohen Rohmaterialpreise, aber an den einzig richtigen Weg, an eine gemeinsame Lohnforderung, dachten jene Leute nicht. Hoffentlich besitzen sie sich recht bald und rufen sich auf. Der Verband wird ihnen immer eine Stütze sein.

Die Arbeit des Gauverbandes war in der Hauptache organisatorischer Art. Die ständigen Einberufungen von Besoldungen und Vertrauensleuten machten mancherlei Kleinarbeit in den Zahlstellen

novendig. Die Ortsverwaltungen müssen ständig ergänzt und immer vollständig sein, damit bei neuen Einberufungen keine allzu großen Störungen eintreten. Die Zeit ist eine Notzeit, auch für den Verband. Da sollen die Ortsverwaltungen, wenn keine Mitgliederbesammlungen möglich, Ersatz für die Verwaltung aber unbedingt notwendig ist, einfach aus den Reihen der tüchtigsten unserer Mitglieder sich selbst ergänzen durch Einziehung dieser. Die nächste Mitgliederbesammlungen kann trotzdem noch entscheiden, aber vorläufig ist doch für Ersatz gesorgt.

Die Beitragskassierung und die Ueberwachung derselben läßt sich noch zu wünschen übrig. Und doch beruht hierauf fast unser ganzes Sein. Das wird viel zu wenig von den Bevollmächtigten beachtet. Der Gauvorsitz nahm mittels besonderer Listen in mehreren Bezirken die während des Krieges besonders gelitten haben, eine Kontrolle der Beitragszahlung vor. Nur ein besonders drastisches Beispiel wollen wir zu diesem Kapitel anführen. Eine Zahlstelle mit circa 250 Mitgliedern hat nicht weniger als 212 reitende Mitglieder mit zusammen 740 Beitragsresten. Das sind pro Mitglied ungefähr 3,5 rückständige Beiträge. Jeder Verbandsfunktionär weiß aus Erfahrung, daß bei 99 von 100 Ausrückenden Beiträge die Ursache bilden. Es fällt unsern Mitgliedern mit ihren meist doch niedrigen Löhnen ungemein schwer, mehrere Beiträge auf einmal zu zahlen. Deshalb ist pünktliche Kassierung, ständige Kontrolle und rechtzeitiges Mahnen der Beitragszahler unbedingt erforderlich. Alle Ortsverwaltungen sollen das Mahnen der säumigen Beitragszahler organisieren und systematisch betreiben. Hierzu gehört in erster Linie die Pflicht der Hilfskassierer, die Rückstände rechtzeitig, also nicht erst nach mehreren Monaten, der Ortsverwaltung zu melden. Die Ortsverwaltungen müssen dann aber auch tatsächlich bestimmte Mitglieder mit dieser Arbeit beauftragen und die Ausführung überwachen.

Um das Verbandsleben etwas lebhafter zu gestalten, hat der Gauvorsitz ein Flugblatt für die Mitglieder herausgegeben, in welchem die Leistungen des Verbandes während des Krieges dargestellt waren. Außerdem sind Anweisungen über Einrichtungen innerhalb der Zahlstellen an die Funktionäre versandt. Eine kleine Besprechung ist eingetreten in mancher Beziehung, aber es bleibt doch noch manches zu wünschen übrig. Die Zahlstellenleitungen dürfen nicht ruhen noch rasten, alle Mittel müssen angewendet werden, um ein reges Interesse für die Aufgaben und die Ziele des Verbandes in den Mitgliederkreisen zu fördern.

Dem ziffernmäßig betrachtet, schließen wir das Jahr 1916 mit einem Mitgliedererwerb von 401 ab. Zum Militär sind abzüglich 1025 entlassene Mitglieder während des Krieges 14.134 Mitglieder eingezogen. 13.509 Mitglieder haben wir am Jahresabschluss, das macht zusammen 27.693 Mitglieder. Am Schlusse des 2. Quartals 1914 hatten wir 32.361 Mitglieder, was einen Verlust von insgesamt 4668 Mitgliedern ergibt. Dieser Verlust entfällt:

3. und 4. Quartal 1914	2884 Mitglieder,
im Jahre 1915	2185 Mitglieder,
zusammen 5069 Mitglieder.	

Da wir aber während der ganzen Dauer des Krieges nur einen Verlust von 4668 Mitgliedern haben, ergibt das für das Jahr 1916 einen Gewinn von 401 Mitgliedern. Es sind jedoch 1264 Mitglieder weniger eingezogen als entlassen, so daß wir tatsächlich 863 Mitglieder weniger haben als am Jahresabschluss 1915. Das ist in Anbetracht aller Verhältnisse nicht gerade unangenehm nach fast zweieinhalb Jahren Weltkrieg. Aber durch vereintes Vornehmsstreben aller Kollegen und Kolleginnen ließe sich ein noch weitaus besseres Resultat für das Jahr 1917 erreichen. Wie schon erwähnt, betrug die Mitgliederzahl am Schlusse des Berichtsjahres 13.509 gegen 14.972 am Schlusse des Vorjahres. Das ist eine Abnahme von 863 Mitgliedern. Aufgenommen wurden 2388, zugerechnet sind 286 und vom Militär zurückgeführt 760 Mitglieder. Dem haben 1615 ausgeschiedene, 658 abgerückte und 2024 zum Militär eingezogene Mitglieder gegenüber. Beiträge wurden 703.827 Stück umgelegt, was bei einer Mitgliederzahl von 13.932 im Jahresdurchschnitt pro Mitglied um das Jahr 50,52 Beiträge ergibt. Die Beitragsleistung kann trotz mancher Mängel in der Kassierung als ziemlich gut bezeichnet werden. Jede Zahlstellenleitung mußte das Bestreben haben, in einem Quartal, bis bekanntlich 13 Wochen umfaßt, auch für jedes Mitglied 13 Beiträge umzusetzen. Hierdurch würde ein gut Stück Agitationsarbeit für den Verband geleistet und die Mitglieder zur treuen Pflichterfüllung erregt.

Die Hauptkasse hatte folgende Einnahmen:

an Eintrittsgeld	1194,- M.
an Beiträgen	271.681,13 "
an sonstigen Einnahmen	14.220,75 "
an Zuschuß	32.859,52 "
<b>Summa</b>	<b>319.955,40 M.</b>

Dem Fänden folgende Ausgaben gegenüber:

an Reiseausgaben-Unterstützung	53.692,- M.
an Erwerbslosen-Unterstütz.	104.822,05 "
an Reichszuschuß	171,- "
an Gemeindefürsorge-Unterstütz.	151,- "
an Unzugs-Unterstützung	1.236,50 "
an Sterbe-Unterstützung	17.113,15 "
an Streit-Unterstützung	767,75 "
<b>Summa</b>	<b>177.953,35 M.</b>

In der Hauptkasse 72.881,74 M. gerufen. In den Zahlstellen wurden 13.066,48 M. zurückgehalten. Der Barschat der Sozialisten betrug 147.642,15 M. Diese Zahlen dürften jedem Mitgliede klar beweisen, daß unser Verband im Königreich Sachsen nach 2 1/2 Jahren Weltkrieg noch so geliebt wird, daß er allen Mitgliedern unerwarteterweise Subventionen, Almosen und Hoffnungen in schweren Tagen einlösen kann. Schätz jene Bescheidenheiten, die der Weltkrieg gebracht und niedergedrückt hat, immer an diesen Zahlen neuen Mut und neuen Lebensgeist schöpfen. Darum! Kampft durch schwere Zeiten, dem Ziel entgegen!

Gustav Renzing.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Büschel.** Mit welchen Widerwärtigkeiten wir in unserer Arbeit noch zu kämpfen haben, davon möge nachfolgendes ein Beispiel geben. Unser Zahlstellen-Vorsitzender Kollege Büschel ist nach kurzer Krankheit gestorben und wurde am Montag, dem 19. Februar, beerdigt. Dabei spielten sich die widerwärtigsten Szenen ab. Das Trauergebet war von einer Schar lärmender Kinder umgeben, und als sich der Trauerzug in Bewegung setzte, folgte diese lärmende Schar dem Zuge, wiederholt verurteilt, mit Entsetzen auf dem Zuge zu stehen. Da im Trauerzuge befindlichen Leidtragenden wurden in der nächsten Reihe von den Kindern und auch von den in allen Reihen und Lücken hängenden und schwebenden Frauen beschimpft. Selbst auf dem Friedhof war die Masse von Kindern besetzt, um die kurze Anrede am Grabe zu hören. Noch auf dem Heimwege wurde der Leidtragende Frauen „Soja-Weiber“ und andere Schimpfen nachgehungen.

Das ist ein recht trauriges Kapitel der heutigen Zeit. Büschel ist ein sehr tüchtiger Arbeiter von etwa 6000 Einwohnern, die zum großen Teil in der Zement- und Zugschraubeindustrie arbeiten. Nur Langweilern sind diese Arbeiter noch schwerer aber die große Zahl der Arbeiterinnen dieses Landes der Zementindustrie zuzurechnen. Der Gewerkschaftsleiter von Büschel hat sich während der Kriegszeit sehr verdient gemacht. Er hat die Zahlstellenleitung so organisiert, daß sie sich selbstständig machen konnte. Nach dem Krieg war er die Seele der Zahlstelle vor dem Krieges und hat die Zahlstellenleitung auf 140 Mitglieder gebracht. Er hat die Zahlstellenleitung so organisiert, daß sie sich selbstständig machen konnte. Er hat die Zahlstellenleitung so organisiert, daß sie sich selbstständig machen konnte. Er hat die Zahlstellenleitung so organisiert, daß sie sich selbstständig machen konnte.

**Leipzig.** (Das dritte Kriegsjahr.) Wie eine zu Anfang des Jahres angenommene Lohnpolitik zeigte, hatten die Löhne und Arbeitsverhältnisse unserer Mitglieder in den ersten beiden Kriegsjahren eine recht unerwartete Entwicklung genommen. Die Gründe sind früher hier besprochen worden. Nach den erfolgten Lohnangaben war eine ge-

ringe Steigerung des Durchschnittslohnes der Männer, im Gegenfalle hierzu eine Verringerung derselben für die Arbeiterinnen, zu verzeichnen. Diese Tatsachen und die enormen Preissteigerungen machten einen Ausgleich notwendig. Infolgedessen stieg die Zahl der im Berichtsjahre zurückgeführten Bewegungen. In den besten Friedensjahren waren nicht mehr zu verzeichnen.

Die Erklärung der Mitteldeutschen Seifenfabrik, A.-G., daß sie sich „an den abgeschlossenen Tarifvertrag nicht mehr gebunden“ erachtete, leitete die Kampfthatigkeit ein. Infolgedessen wurden die bestehenden Wochenlöhne in Stundenlöhne umgewandelt. Auch die Löhne von der Firma voll getragenen Beiträge zur sozialen Versicherung wurden in dem gesetzlich zulässigen Umfange auf die Beschäftigten abgemindert. Allerdings wurden die Stundenlöhne so festgesetzt, daß eine sichtbare Verschlechterung nicht eintrat. Infolge dieses Umstandes und der ungünstigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt nahm die Arbeiterchaft eine abwärts gerichtete Stellung ein. Mit dem Wachsium der Rohmaterialschwierigkeiten für Seifenfabriken und der verkürzten Arbeitszeit wurden die Folgen des Tarifvertrages recht fühlbar. Zu einem ernstlichen Vorgehen konnte sich die stark flutende Arbeiterchaft trotzdem nicht entschließen.

Der mit der Firma F. Harazim, Chromopapierfabrik, bestehende Tarifvertrag wurde um ein Jahr verlängert, nachdem die Firma auf dem Verhandlungswege eine Teuerungszulage gewährt hatte. Diefelbe betrug für Arbeiter 2 M., für Arbeiterinnen 1 M. pro Woche. Im August v. J. wurde sie um 1 M. für Männer und um 50 Pf. für Arbeiterinnen pro Woche erhöht.

In der Chromopapierfabrik vorm. G. Major, A.-G., beantragte die Arbeiterchaft ebenfalls die Gewährung einer Teuerungszulage. Als die Betriebsleitung eine Berücksichtigung ablehnte, wurde das Ersuchen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates übermitteln. Ein durch Unterchristen der Beschäftigten belegtes Gesuch hatte darauf den Erfolg, daß — ohne Unterschied des Geschlechts — eine Zulage von 1 M. pro Woche an die Beschäftigten gewährt wurde. Eine weitere Eingabe der Verbandsleitung erfolgte im September den gleichen Erfolg.

Bei Kny u. Bert, Konervenfabrik, wurde infolge Eingreifens des Verbandes der Stundenlohn der Arbeiterinnen von 20 auf 25 Pf. erhöht. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeit wurden 30 Pf. pro Stunde festgesetzt; auch wurden Verbesserungen der sanitären und hygienischen Einrichtungen zugefagt.

Die bestehenden Mißstände und die allzu starke Ausnutzung der Beschäftigten in den Nährmittelwerken von Theodor Zint machten unser Eingreifen erforderlich. Von den Beschäftigten waren dreiviertel unter 17 Jahre alt; diese mußten aber nicht nur dauernd Ueberstunden leisten, sondern wurden auch Sonntags zu Arbeiten herangezogen. Auf unsere Vorhaltung erklärte die Firma, sie wolle die Jugendlichen in Zukunft nur zehn Stunden täglich beschäftigen; auch eine Erhöhung der Löhne wurde zugefagt.

Infolge des bestehenden Tarifvertrages wurde im Auftrage der Kunststeinarbeiter den Unternehmern das Ersuchen unterbreitet, den Lohn der Stamper auf 80 Pf., den der Hahnarbeiter auf 70 Pf. zu erhöhen. In allen Betrieben — mit Ausnahme des Hydrofahndleimwerkes — wird der beantragte Lohn ausbezahlt. Trotz Anregungen und Ermahnungen waren die in diesem Werk Beschäftigten jedoch nicht dazu zu bewegen, ihrem berechtigten Verlangen Nachdruck zu geben.

Die Blumen- und Federnarbeiterinnen unterbreiteten durch die Verbandsleitung sechs größeren Fabriken Anträge auf Gewährung von Teuerungszulagen. Die Unternehmer antworteten nicht, setzten sich aber, die durchaus niedrigen Löhne einer öffentlichen Kritik auszuweichen und gewährten Teuerungszulagen. Leider war ein Einfluß auf die Höhe und Art der Verteilung infolge des unzureichenden Organisationsstandes nicht möglich.

In der Kohlenäure-Al.-Gef. Rodau wurde die beantragte Zulage von 3 M. pro Woche für die an Apparaten Beschäftigten gewährt. In der Chemischen Fabrik Eutritzsch, A.-G., wurde nach erfolgter Vorprache und anschließender Unterhandlung den beschäftigten Männern eine Zulage von 3 M., den Arbeiterinnen eine Zulage von 2 M. pro Woche gewährt.

Die Arbeiterchaft der Firma Gebr. Leistner, Längenmaßfabrik, beantragte die Verbandsleitung wegen Gewährung einer Teuerungszulage vorstellig zu werden. Mehrfache Verhandlungen durch die Verbandsleitung führten nicht zu dem von der Arbeiterchaft gewünschten Resultat. In dem Bewußtsein, daß große Teile der Beschäftigten dem Verbands fernstehen, glaubte die Betriebsleitung annehmbare Zugeständnisse nicht machen zu müssen. Nach dem schließlich noch eine vergleichsweise Kommission vorstellig wurde, konnte eine Verständigung herbeigeführt werden.

Der Arbeiterauschuß der Firma Berger u. Wirt, Farbenfabrik, war angepannt tätig, die steigenden Preise durch höhere Löhne auszugleichen. Er konnte sich dabei auf eine regame und gut organisierte Kollegenchaft stützen. Nicht weniger als vier Teuerungszulagen wurden mit Erfolg durchgeführt. Sowohl der Mäßigkeit als dem Gehälts des Arbeiterauschusses als auch der Geschlossenheit der Beschäftigten sind diese Erfolge zu danken.

Recht langwierig gestalteten sich die Verhandlungen in der Chemischen Fabrik von Frh Schulz jun., A.-Gef. Hier war der Antrag auf Lohnerhöhung unterbreitet, der 15 Pf. pro Stunde Lohnzulage für die Werkzeugmacher vorlag, wie auch die Gewährung einer 10prozentigen Zulage an alle übrigen Lohn- und Akkordarbeiter und Arbeiterinnen. Ferner wurde eine Verfüzung der Arbeitszeit und Beschaffung von Vademerkungen für Männer verlangt. Das große Teile der Beschäftigten nicht organisiert waren, erschwerte die Verhandlungen. Die Forderungen der geschlossenen organisierten Werkzeugmacher wurden bewilligt. Auch wurde für die während des Krieges nicht gewährten Ferien die Auszahlung des Lohnes zugesagt und den in Lohn tätigen Arbeitern und Arbeiterinnen 10 Prozent Zulage zugesagt. Auch bei einigen schlecht entlohnenden Akkordarbeiten sollen im nächsten Jahr Teuerungszulagen nicht zu werden. Alles übrige wurde abgelehnt. Damit gab sich die Arbeiterchaft des Betriebes nicht zufrieden und einmüßig wurde der Verbandsleitung der Auftrag erteilt, die Verhandlungen fortzusetzen und wünschlicher zu gestalten. Die weiteren Verhandlungen fanden dann mit der Generaldirektion mit weiterer Zugeständnisse wurden hier gemacht. Allen Akkordarbeiterinnen wurde die 10prozentige Zulage mit zugebrochen auch übernommen die Firma die Zahlung der Fälligkeit der Arbeiterchaft zur Kranken- und Jubiläumsversicherung. Des weiteren wurde die Gewährung einer einmaligen Zulage in Aussicht gestellt. Diese betrug für Männer 20 M., für Arbeiterinnen 10 M. Die Verfüzung der Arbeitszeit und die Beschaffung einer Vademerkung wurde als unannehmbar abgelehnt. Die Arbeiterchaft erklärte sich vorläufig mit den gemachten Zugeständnissen zufrieden. Zur gelegenen Zeit sollen weitere Schritte unternommen werden.

Die Teuerungsbewegungen in den übrigen, nicht besonders erwähnten Betrieben boten nichts Bemerkenswertes. Im allgemeinen konnte bei einem Teil der Unternehmer eine größere Rücksichtnahme auf die Lage der Arbeiter beobachtet werden. Auch durch die schnellere Beantwortung der Eingaben und die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen geschahen sich einige Unternehmer aus. In der Regel waren das aber immer solche, deren Arbeiter in ihrer Mehrheit dem Verbande angehörten. Diejenigen Unternehmer, deren Arbeiterchaft schlecht oder nicht organisiert war, ging auch auf unsere Eingaben und Verhandlungen nicht ein. Der Konferenzsekretär Augustin brachte es sogar fertig, die Polizei zur Verhinderung einer Betriebsversammlung zu veranlassen.

Zusammen wurden im Berichtsjahre 26 Bewegungen mit 965 Beteiligten mit Erfolg durchgeführt. Für 1050 Beteiligte wurde ein Mehrlohn von 525 M. pro Woche oder von 279 M. pro Woche und Person erzielt. Für 920 Personen konnten Verschlechterungen abgewehrt oder teilweise Verbesserungen erzielt werden.

Die Beschäftigtenleit gefaltete sich außerordentlich. Die übergroße Mehrheit der Betramensleute ist zum Kriegsdienste eingezogen. Wichtige Funktionen, wie die Gummi- und Papierindustrie, liegen schwer darnieder. Auch ein erheblicher Teil der chemischen Fabriken ist wesentlich eingeschränkt tätig. Immerhin kann die Mitgliederbewegung als sehr niedrig bezeichnet werden. Durch andauernde Hausagitation und Betriebsversammlungen konnten die eingezogenen Mitglieder und der sonstige Mitgliederabgang durch Renamnahmen ersetzt werden. Darüber hinaus wurde die Mitgliederzahl um 75 vermehrt.

Die Zahl der männlichen Mitglieder verringerte sich um 9 Mitglieder, die der weiblichen erfuhr eine Steigerung um 84 Mitglieder. Am Jahresabschluss waren 1273 männliche und 891 weibliche Mitglieder vorhanden. Des Zahlen waren 2889 Mitglieder im Kriegsjahre. Entlassen waren 373, geblieben 212 Mitglieder. Mancher tüchtiger Kollege und Funktionär ist darunter. Wir werden allen ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kassenverhältnisse wurden durch den Krieg nicht unwesentlich beeinträchtigt. Die Ausgaben für Unterstützungen erforderten eine weite Anspannung. Es wurden ausgegeben:

	im Berichtsjahre	Seit Kriegsbeginn
Arbeitslosen-Unterstützung	435.70 M.	65.849 M.
Kranken-Unterstützung	15.013,90 "	30.418 "
Sterbegeld	18,50 "	6.510 "
an Angehörige der Kriegsteilnehmer	10.170,- "	26.513 "

Zu den umfangreichen Verwaltungsarbeiten wurden auch die Ortsverwaltungsmitglieder teilweise herangezogen, die gern diese Arbeiten leisteten. Mit den Kriegsteilnehmern wurde eine rege Korrespondenz geführt. Zwei Berichte über den Stand des Verbandslebens wurden ins Feld geschickt und beifällig aufgenommen. Auch die Zahl der Kollegen, die den „Proletarier“ ins Feld wünschen, wird täglich größer. Für 77 Personen (58 Kolleginnen und 19 Kollegen) wurde Arbeitslosenunterstützung aus städtischen Mitteln beantragt und bewilligt. Wenn wir auch mit den Ergebnissen der vorjährigen Tätigkeit zufrieden sein können, so dürfen wir doch nicht bergehen, daß noch recht viele ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen in den für uns zuständigen Betrieben zu recht erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen tätig sind. Dort wo Beschäftigten dem Verbands beizutreten und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besser zu helfen, muß waghalsige der gesamten Mitglieder sein!

A. Hüppner.

### Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Ein bedenklicher Erlaß. Ein vom 20. Dezember 1916 datierter Kundenerlaß des Reichsversicherungsamts an die gewerblichen Berufsgenossenschaften weist darauf hin, daß durch die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Personen in gewerblichen Betrieben eine weitere Steigerung erfahren wird. Im Hinblick darauf sollen die Anforderungen an den Unfallschutz herabgemindert (!) werden. Die Vorschriften der Berufsgenossenschaften sollen gestatten, weibliche und jugendliche Personen auch mit Arbeiten zu beschäftigen, für die sie bisher nicht zugelassen werden durften. Für diese Erlaubniserteilung soll der Nachweis des Betriebsunternehmers genügen, daß zur Aufrechterhaltung des Betriebes in dem notwendigen Umfang bei dem Mangel an männlichen Arbeitern die Einstellung weiblicher und jugendlicher Arbeiter unabwendbar ist. Voraussetzung der Genehmigung soll ferner sein, daß dem Arbeiterchaft Rechnung getragen wird durch geeignete Auswahl der von den Arbeitern zugewiesenen Tätigkeit, durch Verwendung besonders unfallgefährlicher Arbeitskleidung bei weiblichen Personen, durch umfangreiche Ausgestaltung der Beschäftigungseinrichtungen mit Schutzvorrichtungen und gewissenhafte Unterweisung in der Benutzung der Maschinen und Apparate. Erwartet wird, daß bei alledem die weiblichen und jugendlichen Arbeiter von besonders gefährlichen Maschinen ferngehalten werden, was durch geeignete Arbeitsstellung erzielt werden kann.

Auch der Möglichkeit der stärkeren Heranziehung Kriegsbeschädigter zur gewerblichen Betätigung soll Rechnung getragen werden durch eine wohlwollende Auslegung der Unfallversicherungsbestimmungen, insoweit sie unter gewissen Voraussetzungen eine Beschäftigung von Personen, die mit Gebrechen behaftet sind, bei für sie besonders gefährlichen Arbeiten ausschließen.

Das Reichsversicherungsamt erklärt sich bereit, in den Fällen, in welchen die Unfallversicherungsvorschriften keine ausdrückliche Handhabung zur Erteilung der Genehmigung enthalten, den Vorständen der Berufsgenossenschaften eine besondere Ermächtigung zu erteilen. Es steht voraus, daß die erweiterte Zulassung von weiblichen und jugendlichen Personen und von Kriegsverletzten zu Unfällen führen kann, welche unter normalen Verhältnissen die Bestrafung oder Haftbarmachung des besteuerten Unternehmers zur Folge hätten. Davon soll jedoch abgesehen werden (!) Ebenso soll Bestrafung oder Haftbarmachung nicht in Betracht kommen, wenn ein Unternehmer in dringenden Fällen auf eigene Gefahr Personen der vorbezeichneten Art beschäftigt und sich, obgleich er nachweislich alle Vorsichtsmaßregeln getroffen hatte, gleichwohl ein Unfall ereignete.

Der Erlaß stellt eine sehr bedenkliche Verminderung des Arbeiterschutzes in Aussicht und er wird infolgedessen zu einer Steigerung der Unfälle führen. Schon jetzt werden weibliche und jugendliche Arbeiter in Unfällen beschäftigt an die sie nicht gehören, wie wird das erst nach diesem Erlaß werden! Ein Stückchen nach dem andern bröckelt von dem mühsam erzwungenen Arbeiterschutz ab. Jeder Einspruch dagegen aber wird erschlagen mit dem Hinweis auf die Kriegsnöthigkeiten.

### Verbandsnachrichten.

Vom 27. Februar 1917 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

Kulberg 150,-, Saarbrücken 9,90, Chemnitz 4,50, Leipzig 4,50, Hedenwunde 4,20, Ruzsburg 100,-, Bernburg 800,-, Elbing 700,-, Paderborn 250,-, Dönningen 150,-.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Schöna - M. 16,15, Göttingen 9,20, Erteln 84,05, Goslar 3,95, Braunschweig 2,50, Borsdorf 1,40, Warnemünde - 70, Penig i S. 2,25, S. - a - ch 2,50, Wurm i. M. - 95, Wurz - 85, Tilsit 6,75, Weifen 68,70, Penzig 3,60, Kowlsan 1,40, Dönningen - 25.

Schluss: Montag, den 5. März, mittags 12 Uhr.

F. Brunß, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1916 haben eingefandt: Karlsruhe, Mannheim, Saarbrücken.

### Verlorene und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
606 771	Heinrich Ströger	26. 8. 1860	16. 5. 1914	Sof
523 275	Johann Förster	21. 8. 1885	19. 4. 1907	Bremen
193 233	Elsa Richter	31. 12. 1889	8. 6. 1912	Resden
441 068	Eusebia Weichselwilk	8. 4. -	3. 3. 1906	Gienberg (S.-A.)
540 442	August Tidjurgis	30. 5. 1860	15. 3. 1903	Elmsborn
454 279	Ella Hauff	3. 7. 1814	1. 4. 1911	Damburg
348 922	Johann Brandt	5. 11. 1867	5. 1. 1908	Lauenburg a. d. Elbe
405 369	Frída Frelin	16. 5. 1888	25. 11. 1915	Lübeck
392 084	Johann Zilcher	16. 8. 1856	8. 8. 1903	Rdin
598 3-1	Franz Stors	23. 8. 1864	23. 5. 1912	Kaßberg
404 50	Karl Ranselsoorf	6. 7. 1857	6. 3. 1898	Siebal
566 112	Andreas Wora	28. 5. 1877	1. 5. 1913	Ratowiß
422 062	Valentin Glomig	13. 2. 1872	19. 8. 1916	München
412 277	Julie Wenz	8. 12. 1900	15. 9. 1916	Darmstadt
428 332	Franz Knae	8. 4. 1899	21. 10. 1916	Hinterfeld
418 933	Lisbeth Richter	3. 3. 1897	27. 2. 1916	Resden
3-5-892	Friedrich Fied	15. 11. 1868	3. 10. 1916	Hamburg
3-8-10	Johann Kaiser	21. 3. 1856	21. 9. 1913	Hampberg
411 991	Margarete Viejel	1. 1. 1894	21. 10. 1916	Hirschberg